# Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mk. 2.—; Einzelnummer 20 Goldpfennig/Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.

Inhalt:



Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

**Nr. 45** | **7. November 1924** | **11. Jahrgang**

**Mit der Beilage: Mitteilungen des Israelit. Lehrervereins für Bayern**



**Das „Jüd. Echo“ ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber, Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363**

## 1924 Wochenkalender 5685

| | November | Marcheschw. | Bemerkungen |
|---|---|---|---|
| Sonntag | 9 | 12 | |
| Montag | 10 | 13 | |
| Dienstag | 11 | 14 | |
| Mittwoch | 12 | 15 | |
| Donnerstag | 13 | 16 | |
| Freitag | 14 | 17 | |
| Samstag | 15 | 18 | וירא מברכין בה"ב |

# Das Jüdische Echo

**Nummer 45** | **7. November 1924** | **11. Jahrgang**

## Die Diskussion zur Schulfrage

Die große Anzahl von Beiträgen, die in der von uns aufgeworfenen Frage der jüdischen Schule erfreulicherweise bei uns einläuft, zeigt deutlich, daß in allen Kreisen der jüdischen Bevölkerung lebhaftes Interesse und fast durchwegs schönes Verständnis für dieses außerordentlich wichtige Problem vorhanden ist.

Mangel an Raum zwingt uns, aus der Menge der bei uns eingegangenen Aufsätze die charakteristischsten vorweg zu nehmen. Allen Mitarbeitern danken wir auch an dieser Stelle bestens und bitten um gütige Nachsicht, falls der eine oder andere Artikel im Moment nicht zur Veröffentlichung gelangen kann. Wir hoffen, hiezu später noch Gelegenheit zu finden.

Die Redaktion.

## Zur Frage der jüdischen Schule

Von einem jüdischen Schulmann.

Die jüdische Schule hat jahrelang im Mittelpunkt eines heftigen Kampfes gestanden, der oft von den Gegnern mit wenig schönen Mitteln geführt wurde, aber der schließlich in dem Maße abflaute, als wie diese Schule ihre Existenznotwendigkeit erwies und ihre Lebensfähigkeit zeigte. Das erste Argument, mit dem man gegen die Schule ankämpfte, war die Behauptung, daß sie die Jugend in ein neues Ghetto hineinführe. Nun aber haben wir im Laufe des letzten Jahres immer mehr erkennen müssen, wie die Schranken sich um uns aufs neue schließen und ohne unseren Willen Ghettomauern um uns errichtet werden, die höher sind, als sie die Vergangenheit jemals kannte. Haben wir es also nun noch notwendig, den Kindern in der sogenannten paritätischen Schule das Leben verbittern zu lassen, wo sie schon frühzeitig den Kampf mit dem borniertesten Antisemitismus aufnehmen müssen? Man sagt da immer wieder, daß dieser Kampf für den späteren Kampf im Leben die jungen Menschen stähle, aber man vergißt, daß er die Jugend vergiftet und durch diese Abwehr vereinzelte jüdische Schüler in eine völlig isolierte Lage bringt. Wir haben mit dem Antisemitismus als mit einer Tatsache zu rechnen, und wir sind uns wohl heute darüber klar, daß alle Versuche, ihn zu bekämpfen, bisher gescheitert sind und solange scheitern werden, bis die Struktur des deutschen Geistes sich wesentlich geändert hat. Ob dazu gegenwärtig Aussicht vorhanden ist, brauchen wir wohl an dieser Stelle nicht zu erörtern. Unsere Jugend aber hat wie jede andere Jugend das Recht auf einen ungestörten Fortgang ihrer Entwicklung, auf Heiterkeit und Freude, auf Sorglosigkeit und Lebenslust. Die jüdische Schule bedeutet für sie eine Oase, in die sie sich zurückziehen kann, wenn draußen der Kampf allzusehr tobt. Schon dies allein genügt, um ihre Notwendigkeit darzutun. Dazu kommen aber andere innere Momente. Wir haben erkennen müssen, daß das gesamte Rennen um die Emanzipation mit einem großen Fiasko geendet hat, und wie wir heute erkennen, naturnotwendig enden mußte. Auf dem jahrtausendelangen Wege durch das Galuth war der treueste Begleiter die Kenntnis der Thora und die selbstverständliche Beherrschung der Gebete, sie brauchte man nicht zu lernen, in ihnen lebte man. Für diese Dinge haben wir nun die Herrlichkeiten der westeuropäischen Zivilisation eingetauscht. Man liest im jüdischen Hause Rabindranath Tagore, man liest Laotse, weiß selbstverständlich in den ägyptischen Königsgräbern Bescheid, aber hat die Berührung mit den höchsten Werten unseres Volkes verloren und muß oftmals beschämt schweigen, wenn man von einem gebildeten Christen in ein Gespräch über das Alte Testament verwickelt wird. Der Religionsunterricht kann in der allgemeinen Schule nur ein kleines Anhängsel sein, der Besuch der Religionsschule am Nachmittag stößt schon auf ganz große Schwierigkeiten und kann selbst in den Häusern, die ernsthaft den Willen haben, ihren Kindern jüdisches Wissen zu übermitteln, nicht mit der notwendigen Intensität betrieben werden. Die Nachmittage werden für die Schularbeiten gebraucht, Sport und Musik sollen gleichfalls getrieben werden, der doppelte Schulweg verschlingt viel Zeit, und selbst wenn alle diese Schwierigkeiten überwunden werden, dann kann auch in den wenigen Stunden, die die Religionsschule zur Verfügung hat, nicht viel geleistet werden. Ganz anders liegen die Dinge, wenn in einer jüdischen Schule der hebräische Unterricht organisch in den Gesamtunterricht hineinverwoben wird, das Kind von seinem ersten Schuljahr an das Hebräsche spielend lernt und in die Schwierigkeiten der Sprache unversehens hineinwächst. In einem solchen Schulorganismus ist die Sprache unserer Väter nicht mehr Nebensächliches, gleichberechtigt steht sie neben der Landessprache.

Die gegenwärtige Schulgesetzgebung steht der jüdischen Schule sympathisch gegenüber. Die in den Revolutionsjahren angestrebte weltliche Schule wird weiter vereinzelt bleiben, den Regelfall bildet die konfessionelle Schule; so haben die jüdischen Erziehungsberechtigten dasselbe Recht auf die Erziehung ihrer Kinder in ihrer Religion, wie dies den anderen anerkannten Religionsgemeinschaften zusteht. Es werden sich nirgends Schwierigkeiten bei der Gründung jüdischer Schulen erheben, die selbstverständlich in ihren allgemeinen Zielen dasselbe leisten müssen, wie die übrigen Landesschulen und die daraufhin auch vom Staate kontrolliert werden. Es ist interessant, wenn man tiefer in die Dinge hineinsieht, daß man feststellen kann, daß die Regierungsbehörden der verschiedensten Art der jüdischen Schule viel sympathi-

scher gegenüberstehen, als die sogenannten Liberalen unserer Gemeinden, die mit allen erdenklichen Mitteln die ihnen verhaßte Judenschule bekämpfen. Nun, wir fürchten den Kampf nicht! Die Zeit marschiert für uns, und der Geist der jüdischen Schule ist auf dem Wege des kleinen Verwaltungskampfes von Seiten irgend welcher Gemeindegewaltiger nicht mehr zu bekämpfen.

Man könnte nun noch im Zweifel darüber sein, in welchem Sinne der innere Aufbau einer derartigen Schule in jüdischer Richtung gestaltet werden müsse. Aber wenn man näher nachdenkt, so wird man alsbald zu dem Resultat kommen, daß, wenn man auch nicht selbst dem äußersten rechten Flügel angehört, man doch der Meinung sein muß, daß in diesen Schulen das jüdische Gesetz als unbedingte Richtschnur innegehalten werden muß. Trotzdem kann und soll auch der freier gesinnte Jude und der Zionist sein Kind dorthin schicken, ohne daß er sich Gedanken darüber macht, es käme in einen Zwiespalt mit dem Elternhaus. Hier wird persönlicher Takt vermittelnd einzugreifen haben, wo vielleicht sonst Differenzen in der Lebensanschauung entstehen könnten. In der jüdischen Schule lernt das Kind die Heiligkeit unserer Feste, die Heiligkeit des Sabbaths, es braucht sich nicht mehr scheel über die Achseln ansehen zu lassen, wenn es an diesen Tagen nicht schreibt, es wird ein freier, stolzer Mensch, der im Leben später einmal eine Persönlichkeit darstellen wird, gleichmäßig durchgebildet in jüdischer wie in allgemeiner Hinsicht.

Deshalb ist die Verpflichtung zur Errichtung jüdischer Schulen m. E. nach die wichtigste Aufgabe für das Judentum der Gegenwart.

Studienrat Dr. C.

## An die verehrliche Redaktion des „jüdischen Echo“

Ihrer freundl. Aufforderung um Stellungnahme zu dem Artikel „Die jüdische Schule“ in Nr. 40 Ihres gesch. Blattes komme ich bereitwilligst nach, weil ich eine möglichst vielseitige, aus der Erfahrung entspringende Erörterung dieses für die jüdische Gesamtheit im allgemeinen und für die jüdische Lehrerschaft im besonderen so wichtigen Problems für notwendig erachte.

Um das Resultat meiner Ausführungen gleich vorweg zu nehmen: Ich halte, trotz mancher Bedenken, die jüdische Schule für ein erstrebenswertes Ziel, sofern gewisse Voraussetzungen, von denen später die Rede sein soll, durch sie erfüllt werden. Die folgenden Ausführungen mögen meine Stellungnahme in aller Kürze begründen.

In jedem Einzelnen von uns lebt noch die Erinnerung an die letzten Jahre mit ihrer sich täglich steigernden Judenhetze; jeder von uns weiß, daß die antisemitische Haßwelle auch in zahlreiche Schulen geflutet ist. Was die jüdischen Schüler während dieser Zeit an seelischem und oft auch an physischem Leid erdulden mußten, kann auch nicht annähernd geschildert werden. Die Schule wurde ihnen so zur Stätte der Qual und viele Eltern haben sich ernstlich mit dem Gedanken getragen oder ihn auch verwirklicht: ihr Kind durch den Austritt aus der Schule vor weiteren Mißhelligkeiten zu schützen. Die Gerechtigkeit gebietet freilich anzuerkennen, daß einzelne Schulen dank der gerechten und toleranten Gesinnung des Direktors selbst in jenen verhängnisvollen Novembertagen von antisemitischer Betätigung vollständig freigeblieben sind. Inzwischen haben sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht wesentlich gebessert und es ist zu hoffen, daß mit der fortschreitenden Gesundung unseres Wirtschaftslebens der Antisemitismus noch weiterhin abnimmt. Aber ganz wird er wohl nie verschwinden; denn er gehört zu den „normalen“ Lebensäußerungen eines Volkes, wie dies Prof. Nölting in einer der jüngsten Nummern der C.-V.-Zeitung ausgeführt hat. So wird er wohl auch niemals ganz aus der Schule weichen, wenn man ihm nicht das Objekt seiner Wirksamkeit entzieht.

Ein zweiter wichtigerer Grund für meine Stellungnahme liegt in der Tatsache, daß dem Religionsunterricht an der jüdischen Schule ein größeres Stundenmaß als an der Simultanschule und damit eine erhöhte Bedeutung zugewiesen werden kann. Wer einigermaßen Einblick in die Verhältnisse hat, wer weiß, unter welch ungünstigen äußeren Umständen — Unterrichtszeit (im Gegensatz zum Unterricht der anderen Konfessionen) außerhalb des Stundenplans an freien Nachmittagen, Vereinigung der Schüler gleicher Klassen verschiedener Schulen — der Religionsunterricht oft erteilt werden muß, wird ohne weiteres zugeben müssen, daß das behördlicherseits zugewiesene Maß von zwei Wochenstunden bei weitem nicht genügt, um das Ziel des Unterrichts zu erreichen. Infolge der Fülle des Gesamtlehrstoffs ist es namentlich der Sprachunterricht, der, auch bedingt durch die Schwierigkeit seiner Materie, stark verkümmert wird; dadurch aber wird die Erarbeitung des einen großen Teilziels, die Kenntnis des biblischen Schrifttums nach seiner Form, zur Unmöglichkeit. Ich bin mir dabei wohl bewußt, daß auch der Religionsunterricht an der jüdischen Schule die zu leistende Aufgabe nicht restlos lösen kann; aber er wird dem Ziel immerhin wesentlich näher kommen.

Hand in Hand geht damit ferner die Tatsache, daß das ganze religiöse Erleben, für welches der Religionsunterricht die nötige Vorbereitung und Weihe schaffen soll, sich an einer jüdischen Schule viel intensiver und tätiger gestalten kann als an einer Simultanschule. Alle die Hemmungen und oft auch Verdrießlichkeiten, die sich aus religiösen Gründen für jüdische Schüler oft ergeben, — es sei hier nur an das Schreiben am Sabbath und an das Wegbleiben von der Schule an den Festtagen erinnert — fallen an einer jüdischen Schule fort. Hier ist es dem Schüler möglich, seine Feiertage in der gleichen tätigen Anteilnahme zu begehen wie der christliche auch und es braucht ihn während des Gottesdienstes nicht die Frage zu beschäftigen: Was werden wir wohl heute in der und der Stunde durchnehmen? Durch dieses religiöse Erleben in der Gemeinschaft wird aber auch das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft stärker

geweckt und gepflegt und damit der Grund zu jenem Gemeinschaftssinn gelegt, der die unerläßliche Voraussetzung für die Betätigung als wertvolles Mitglied der Glaubensgemeinde bildet.

Als letztes Argument sei endlich noch der Umstand angeführt, daß die jüdische Schule einer Reihe von jüdischen Lehrern, die bei der enormen Überfüllung des Lehrberufs lange Jahre auf ständige Anstellung im Staats- oder Gemeindedienst warten müßten, die Möglichkeit der Verwendung bietet und so zugleich auch sich sozial auswirkt.

Indessen erachte ich eine jüdische Schule nur dann als erstrebenswert, wenn sie einen Schulorganismus bildet, der neben einer vierklassigen Volksschule auch eine sich daran anschließende Mittelschule (Realschule, Gymnasium) umfaßt, wie dies beispielsweise in Frankfurt a. M., Fürth, Hamburg, Leipzig und an anderen Orten der Fall ist. Eine jüdische Volkschule allein ist m. E. nicht lebensfähig, da erfahrungsgemäß ein Teil der Schüler — und nicht die schlechtesten — nach dem 4. Schuljahr in die Mittelschulen einrückt, und so die Zahl der Schüler, die an und für sich — u. a. auch wegen der weiten Schulwege — nur eine beschränkte sein kann, noch weiterhin verringert wird, sodaß die oberen Klassen nur Zwergklassen bilden. Die Tatsache, daß in einzelnen Städten, wie in Frankfurt a. M. 8-klassige Volksschulen bestehen, spricht nicht gegen meine Begründung, da die Verhältnisse in den verschiedenen Städten ganz verschieden gelagert sind.

Des weiteren muß von der jüdischen Schule verlangt werden, daß sie den Kindern aller Eltern ohne Rücksicht auf deren religiöse oder jüdisch-politische Einstellung offen steht und daß diese Möglichkeit nicht durch irgendwelche — außerhalb des Schulzwecks gelegene — Beeinflussung illusorisch gemacht wird. Der Geist der Tradition in allen religiösen Fragen und vor allem im Religionsunterricht, strikteste Neutralität in jüdisch-politischen und allen sonstigen Dingen, das sind die Richtpunkte, die die Leitung stets im Auge behalten muß, wenn nicht von allem Anfang an die Schule den Keim des Zwiespalts und der Auflösung in sich tragen soll.

Was die Frage der Lehrkräfte betrifft, so würden die für die Volksschule benötigten, entsprechend vorgebildeten und staatlich geprüften Lehrkräfte ohne weiteres zur Verfügung stehen; auch für die Mittelschule dürfte die Bestellung der Lehrer für die Hauptfächer auf keine großen Schwierigkeiten stoßen; ungünstiger liegen die Verhältnisse wohl für die Besetzung der Lehrstellen für die technischen Fächer: Zeichnen, Turnen, Musik. Doch ließe sich dieser Mangel bald beheben, da doch angenommen werden darf, daß die Aussicht auf baldige Anstellung manchen befähigten jüdischen Studenten veranlassen wird, das Studium eines dieser Fächer zu ergreifen.

Es hieße indessen das Problem der jüdischen Schule einseitig behandeln, wenn nicht auch die Momente angeführt würden, die gegen dieselbe sprechen.

Um mit dem Antisemitismus wieder zuerst zu beginnen: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Zusammensein in der Simultanschule dem christlichen Schüler Gelegenheit gibt, im Laufe einer Reihe von Jahren seinen jüdischen Mitschüler genau kennen zu lernen und ihn schließlich doch ganz anders zu beurteilen, als er es ohne diese Bekanntschaft getan. Daß dieses Urteil besser ausfällt, weil sich ihm der Jude nicht in jenem Zerrbild darstellt, wie es die Judenfeinde so gerne zeichnen, steht wohl außer Frage. Es ist ferner von Bedeutung, daß während der Schuljahre so manche Freundschaft zwischen christlichen und jüdischen Schülern geschlossen wird, die die Schulzeit überdauert und im spätern Leben noch befestigt wird. Daß solche Freundschaften im Kampfe mit dem Antisemitismus wertvolle Dienste leisten können, wird man ohne weiteres zugeben. Aber auch der christliche Lehrer hat die Möglichkeit, durch Jahre hindurch den jüdischen Schüler genau zu beobachten und sich so selbst sein Urteil zu bilden, das dann schließlich doch wesentlich besser ist als das der Straße. Wiederholt haben mir christliche Kollegen ihre Befriedigung darüber ausgedrückt, daß sie jüdische Schüler in ihren Klassen haben und so aus eigener Anschauung den so viel verschrieenen und „von der Parteien Haß“ verzerrten Juden kennen lernen. Daß auch gewisse erzieherische Momente für die Simultanschule sprechen, sei nur kurz angedeutet.

Ungleich ernster spricht indessen eine andere Erscheinung gegen die jüdische Schule, eine Erscheinung, mit der naturgemäß auch die Frage der Schülerzahl unlöslich verknüpft ist: die Gleichgültigkeit vieler Eltern gegen alles Jüdische. Diese Indifferenz, von der namentlich der jüdische Religionslehrer ein trauriges Lied zu singen weiß und die sich zuweilen in eine Abneigung gegen alles Jüdische auswächst, bildet die größte Schwierigkeit für die erfolgreiche Verwirklichung der jüdischen Schule. Es bedürfte einer völligen Erschütterung und Neuorientierung der Geister, um mit Aussicht auf Erfolg ans Werk zu gehen. Und man braucht noch lange kein Pessimist zu sein, um voraussagen zu können, daß Gleichgültigkeit und Abneigung die Bausteine einer Mauer bilden, die der Erreichung des Ziels: „Jüdische Schule“ ein schier unübersteigbares Hindernis in den Weg legen wird.

München, im Oktober 1924.

Dr. H. Klugmann.

## Die jüdische Schule

1. Ziele der jüdischen Schule.

Als wertvollstes Erziehungsmittel gilt das Beispiel. Eltern, die auf gute Erziehung ihrer Kinder bedacht sind, bemühen sich, vorbildlich auf dieselben zu wirken. Wieviele Eltern aber mußten die Erfahrung machen, daß das Kind ihnen trotz guten Beispiels entglitt. Wieviele sittlich hochstehende Eltern sahen Kinder auf Abwegen wandeln; wieviele wahrheitsliebende Eltern haben unaufrichtige Kinder; fromme Väter erziehen abtrünnige Söhne. Ja nicht einmal die Entwicklung mehrerer Kinder des gleichen Elternpaares bewegt sich in den gleichen Bahnen. Die Bildung des Charakters beim Kinde ist eben neben familiärer Veranlagung und dem Vorbilde der Eltern auch durch die weitere Umgebung, besonders durch die Kameraden beeinflußt. Gerade letzterer Einfluß tritt während der Schulzeit besonders stark in die Erscheinung. Zu einer Zeit, zu welcher sich Verstand und Gemüt bilden, ist der Einfluß der Umgebung, vor allem Gleichaltriger und wenig Älterer, auf die Charakterbildung besonders mächtig und besonders gefährlich. Wieviele Kinder sind in der Schulzeit auf Abwege geführt worden! Einsichtige Eltern besserer Kreise haben deshalb längst versucht, den Einfluß übler Kameradschaft dadurch auszuschalten, daß sie ihre Kinder nicht der allgemeinen Volksschule zuführten, sondern ihre Kinder in solche Schulen schickten, die sich ihre Schüler aus begrenzten Bevölkerungsschichten holen. „Bessere Kreise" hoffen, daß ihre Kinder vor seelischen und körperlichen Schäden bewahrt bleiben, wenn sie ihre Kinder in Sonderschulen schicken.

Wir in Bayern, wo Klassenunterschiede und Standesvorurteile bisher weniger in die Erscheinung traten als im Norden, haben die Gliederung der Schulen nach religiösen Bekenntnissen durchgeführt. Katholische und protestantische Eltern haben es für notwendig erachtet, ihre Kinder zum mindesten während der volksschulpflichtigen Zeit dem Einflusse der Kinder des anderen christlichen (!) Bekenntnisses zu entziehen. Simultanschulen, das sind öffentliche Schulen, in welchen die beiden christlichen Bekenntnisse Gleichberechtigung genießen, sonst aber Erziehung der Kinder in christlichem Geiste stattzufinden hat, finden in den Städten verhältnismäßig wenig Freunde, auf dem Lande fast nur Gegner. Die Abneigung gegen gemeinsame Erziehung von Kindern verschiedener Bekenntnisse griff auf dem Lande auch auf jüdische Kreise über. Dort bestehen seit längerer Zeit jüdische Bekenntnisschulen. In den größeren Städten — zuerst in Nürnberg, seit kurzem auch in München — bricht sich erst jetzt die Erkenntnis Bahn, daß es bedenklich ist, jüdische Kinder in christlichen Schulen erziehen zu lassen. Für alle diejenigen, welche sich als treue Bayern fühlen, mag diese Erkenntnis schmerzlich sein. Allein man kann sich der Tatsache nicht länger verschließen, daß die Vorbilder, welche unsere Kinder an ihren andersgläubigen Kameraden finden, nicht immer geeignet sind, günstig zu wirken. Selbst in jenen Fällen, in welchen es den Lehrkräften gelingt, den Antisemitismus wenigstens innerhalb der Schule zu unterdrücken, wird das Schulkind nur selten andersgläubige Mitschüler finden, die sich ihm gerne anschließen. Und diese Bereitwilligen sind nicht immer selbstlos. In „besseren Kreisen" hat man es, auch wenn man selbst vorurteilslos wäre, nicht nötig, sich den Unannehmlichkeiten, die der persönliche Verkehr mit Juden heute mit sich bringen kann, auszusetzen. Und ich meine, unsere Kinder brauchen den Verkehr mit Kindern aus Kreisen, in welchen mindestens jetzt als Nachwirkung des Krieges Selbstüberhebung, Rohheit, Unwahrhaftigkeit herrscht, nicht zu suchen. Selbst dann nicht, wenn Duldsamkeit auf der Gegenseite diesen Verkehr nicht behindern würde. Dazu kommt, daß unsere aus der allgemeinen Volksschule hervorgegangenen Kinder nicht das nötige Rüstzeug zum Verkehr mit andersgläubigen Kindern mitbringen. Der Religionsunterricht, wie er in unseren Schulen in zwei bis drei Wochenstunden erteilt wird, ist ganz unzureichend. Auch der tüchtigste Lehrer kann in 80 bis 120 Jahresstunden unmöglich dem Kinde das beibringen, was er an Glaubenslehre, Bibelkunde, Geschichte, Lesen, Ritual unbedingt wissen müßte. Ein gut Teil der religiösen Unbildung und der Machtlosigkeit gegenüber fremden Angriffen ist bei unseren Glaubensgenossen auf mangelhafte Schulbildung zurückzuführen. Ist es nicht beschämend, daß wir die Formen unseres Gottesdienstes zum Teil fremden Riten entlehnen müssen, nur weil wir unserer Jugend nicht gelernt haben, dem Gottesdienste in althergebrachter Form zu folgen? Ist es nicht traurig, daß wir der Anmaßung, das Christentum habe zuerst das Gebot der Nächstenliebe verkündet, nur deswegen nicht entgegenzutreten vermögen, weil wir den Wochenabschnitt, der dieses Gebot mit zahlreichen ähnlichen alljährlich predigt, nicht übersetzen können? Daß wir das Wenige, was wir vom Inhalte der 5 Bücher Moses wissen, oft nur in der mangelhaften Übersetzung Luthers (Aug' um Aug') kennen? Hier kann nur eine gute jüdische Schule Abhilfe schaffen. In ihr kann Zeit zu ausgiebigem Unterricht in jüdischen Fächern gewonnen werden. Vertiefung des Glaubens, Erhaltung der Sittlichkeitswerte des Judentums, Stärkung des Selbstbewußtseins durch Beschäftigung mit jüdischer Kultur-, Literatur- und Leidensgeschichte, Beschaffung des Rüstzeugs für die Abwehr sind die nächsten Aufgaben der jüdischen Schule. Sie sind noch wichtiger als der Schutz des Kindes vor den Anpöblungen des Antisemitismus.

Felix Feuchtwanger.

# Das Palästina-Mandat vor dem Völkerbund

### Die gescheiterten konstitutionellen Versuche

Genf. (J.T.A.) Sir Herbert Samuel, der britische Oberkommissar für Palästina, hat in der Sitzung der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes vom 29. Oktober im Namen der britischen Regierung über die Palästinaverwaltung mündlich Bericht erstattet. Sir Herbert Samuel leitete seinen Bericht mit einer Rede ein, in der er einen allgemeinen Überblick über die Lage Palästinas gab. Er berührte die seit der britischen Besetzung des Landes im Jahre 1917 vor sich gegangenen Ereignisse in Palästina. Die militärische Administration erreichte am 30. Juni 1920 ihr Ende, es wurde eine Zivilverwaltung eingesetzt, in der Sir Herbert Samuel seit dem 1. Juli 1920 das Amt eines Oberkommissars für Palästina ausübt. Im Oktober 1920 wurde eine „Beratende Körperschaft" (Advisory Council) konstituiert, die sich erstens aus zehn nicht dem Beamtenstande angehörenden, von dem Oberkommissar ernannten Mitgliedern, von denen vier Mohammedaner, drei Christen und drei Juden waren, zweitens aus zehn beamteten Mitgliedern zusammensetzte. Als das Mandat am 29. September 1923 in Kraft trat, machte Großbritannien den Versuch, in Palästina konstitutionelle Verhältnisse zu schaffen. Gemäß der am 1. September 1922 veröffentlichten Order im Council sollte ein „Gesetzgebender Rat" (Legislative Council) eingesetzt werden, der sich aus elf beamteten und zwölf nicht beamteten von der Bevölkerung zu wählenden Mitgliedern zusammensetzen sollte. Von den gewählten Mitgliedern sollten acht Mohammedaner, zwei Christen und zwei Juden sein. Infolge der von Mitgliedern des Komitees des palästinensisch-arabischen Kongresses geführten sehr regen Agitation scheiterten zu einem großen Teil die Versuche, eine Zusammenarbeit zu erzielen, weshalb auch der Versuch der Bildung eines Gesetzgebenden Rates zum Scheitern verurteilt war. Im Dezember desselben Jahres wurde eine Beratende Körperschaft, die sich lediglich aus zehn beamteten Mitgliedern zusammensetzte, begründet. Das Volk hat sich die ihm gebotene Gelegenheit, an der Verwaltung des Landes durch gewählte Repräsentanten teilzunehmen, nicht zunutze gemacht.

### Die Geldausgaben der Regierung

Das Budget sieht u. a. 100 000 Pfund für Erziehung vor; von dieser Summe werden nur 33 000 Pfund für jüdische Schulen zur Verfügung gestellt. Eine Summe von 400 000 Pfund wurde an Bauern für landwirtschaftliche Zwecke verliehen, der größere Teil davon kam den jüdischen Landwirten zugute.

### Das jüdische Nationalheim und die jüdische Einwanderung

Sir Herbert Samuel wandte sich alsdann der Frage der Errichtung eines im Mandat vorgesehenen jüdischen Nationalheims in Palästina zu. Er gab eine Statistik der Einwanderung von Juden nach Palästina und betonte, daß die Einwanderer hauptsächlich aus Polen, Rumänien und Rußland kamen. Viele Immigranten, sagte er, gehören dem gebildeten Stande an; die Mehrzahl siedelt sich auf dem Lande an und widmet alle Kräfte der Landwirtschaft. Die Immigration wird von der Regierung geregelt, damit sie sich der Aufahmefähigkeit des Landes anpaßt. Als sich im vorigen Jahre die Zahl der Arbeitslosen in Palästina vermehrte, wurde die Immigration eingedämmt. Großbritannien gewährte Palästina keinerlei Zuschüsse, da das palästinensische Budget mit Ausnahme des Jahres 1922 stets das Gleichgewicht in Einnahmen und Ausgaben halten konnte. Auch das Defizit des Jahres 1922 konnte aus späteren Einnahmen gedeckt werden.

### Sir Herbert Samuel im Kreuzverhör

Nachdem Sir Herbert Samuel als der Vertreter der Mandatarmacht Palästina über die Administration der britischen Regierung in Palästina Bericht erstattet hat, wurde an ihn seitens der Mitglieder der Mandatskommission des Völkerbundes eine Anzahl Fragen gestellt. U. a. wurde gefragt, aus welchen Gründen die arabischen Führer in Palästina die Angebote einer Konstitution abgelehnt und die Wahlen in die Gesetzgebende Körperschaft (Legislative Council) boykottiert haben. Die anderen Fragen betrafen das Landeigentumsrecht, die Erwerbung von Staatsländereien, das System und die Ausübung der Gerichtsbarkeit, endlich die Rolle, die die Zionistische Organisation in der Entwicklung des Landes spielt.

Sir Herbert Samuel beantwortete alle diese Fragen gesondert. In bezug auf die jüdische Immigration in Palästina sagte er, daß sich die jüdische Bevölkerung seit der britischen Besetzung durch Immigration um etwa 40 000 Personen vermehrt hätte. 20 Prozent dieser jüdischen Immigranten siedelten sich in den jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien an. Die Übrigen seien in Fabriken und Werkstätten beschäftigt und arbeiten an der industriellen Zukunft Palästinas.

### Sir Herbert Samuel empfängt die Presse-Vertreter

Sir Herbert Samuel empfing die Pressevertreter und erklärte ihnen, nach der Beendigung des Weltkrieges seien 40 000 Juden nach Palästina eingewandert, von denen 4000 das Land wieder verlassen hätten. Die Zionistische Organisation und reiche jüdische Privatleute hätten bis jetzt zur Ermöglichung der Niederlassung und zur Arbeitsbeschaffung 6 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt, die zum Ankauf von Grundstücken, zum Bau von Wohnhäusern und Schulen, zur Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften und zur Förderung der Industrie ausgegeben wurden. Die britische Regierung subventioniere die Verwaltung Palästinas nicht, sondern sie unterhalte lediglich das Militär. Die während der Jahre 1922 und 1923 bestandene wirtschaftliche Krisis habe sich stark vermindert. Die Einwanderung dauere an, doch sei die Aufnahmefähigkeit des Landes beschränkt.

### Dr. Weizmann und Joseph Cowen in Genf

Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, Dr. Ch. Weizmann, und das Mitglied der Zionistischen Weltexekutive, Herr Joseph Cowen, weilen seit einigen Tagen in Genf und nehmen an der Tagung der permanenten Mandatskommission des Völkerbundes teil.

### Das jüdische Nationalheim

Aus einer Publikation des Völkerbundes über das Mandatssystem:

Betreffend die Mandatsbestimmungen für Palästina wird darauf hingewiesen, daß hier gewisse

besondere Umstände obwalten. Das Palästinensische Mandat besagt, daß die Mandatarmacht dafür verantwortlich ist, daß solche politische, administrative und ökonomische Bedingungen geschaffen werden, daß die Errichtung des Jüdischen Nationalheims und die Entwicklung der Selbstverwaltungsinstitutionen sichergestellt sind. Eine besondere Organisation, Jewish Agency genannt, wird als eine öffentliche Körperschaft anerkannt, die mit der Administration in Angelegenheiten, die das jüdische Nationalheim und die Interessen der jüdischen Bevölkerung in Palästina betreffen, zusammenarbeiten soll. Die Zionistische Organisation wird als eine solche Agency anerkannt. Sie soll Schritte unternehmen, um die Kooperation aller jener Juden durchzuführen, die willens sind, an der Errichtung des jüdischen Nationalheims mitzuarbeiten. Die Administration soll unter entsprechenden Bedingungen die jüdische Einwanderung erleichtern und die jüdische Ansiedlung auf dem Lande fördern. Das zu schaffende Bürgerschaftsgesetz Palästinas soll die Erwerbung der palästinensischen Bürgerrechte allen jenen Juden erleichtern, die ihren Dauerwohnsitz in diesem Lande nehmen. Andererseits legt das Mandat Nachdruck auf die Verpflichtung der Administration, daß die Rechte und die Lage der übrigen Bevölkerung durch diese Politik nicht beeinträchtigt werden.

## Die Frage der Überwachung der Heiligen Stätten noch nicht geregelt

Es wird erwähnt, daß die britische Regierung mehrere Vorschläge betreffend die Einsetzung einer (laut Artikel 14 des Mandats von dem Mandatar zu ernennenden) Kommission zwecks Regelung der Frage der Heiligen Stätten, der Rechte und Ansprüche der verschiedenen religiösen Gemeinschaften in Palästina unterbreitet hat. Es wird darauf hingewiesen, daß die Kontrolle über die Heiligen Stätten und religiösen Gebäude oder Plätze in Palästina in der Vergangenheit Anlaß zu Schwierigkeiten und Konflikten gegeben hat. Die bisherigen Vorschläge der britischen Regierung haben noch nicht den Ansichten aller der im Völkerbundsrat vertretenen Mächten entsprochen. Die britische Regierung hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Mächte, die ihren Vorschlägen nicht zustimmen konnten, sich bemühen werden, einen annehmbaren Plan dem Völkerbund zu unterbreiten.

## Die Aufgabe des Mandatskomitees

Es wird erwartet, daß das Mandatskomitee die ganze Administration vom Standpunkt der vom Völkerbund zugrunde gelegten Prinzipien betrachten wird. Die Kommission begnügt sich daher nicht mit der negativen Aufgabe der Feststellung, ob die Mandatsmacht innerhalb der Grenzen der ihr verliehenen Vollmacht geblieben ist, sondern sie prüft außerdem, ob von dieser Vollmacht guter Gebrauch gemacht worden ist, ferner ob die Administration sich den Interessen der einheimischen Bevölkerung angepaßt habe.

Die Kommission prüft und erörtert jeden Bericht in Gegenwart des bevollmächtigten Repräsentanten der Mandatarmacht, der jede etwa erforderliche ergänzende Information zu geben hat. Sobald die Diskussion zu Ende ist, und der Repräsentant sich zurückgezogen hat, entscheidet die Kommission über die dem Rat zu unterbreitenden Eindrücke. Die Beobachtungen werden der Mandatarmacht mitgeteilt, die berechtigt ist, ihrerseits Erläuterungen hinzuzufügen. Solche Erläuterungen werden gleichzeitig mit den Berichten der Mandatarmächte und den Beobachtungen der Kommission veröffentlicht.

## Eine Botschaft Lord Balfords an die J. T. A. zum siebenjährigen Jubiläum der Balfourdeklaration

London (J.T.A.). Lord Balfour, der ehemalige britische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, der am 2. November 1917 die bekannte, nach ihm benannte Deklaration zugunsten der Errichtung eines jüdischen Nationalheims in Palästina veröffentlichte, die dann die Basis für das britische Mandat über Palästina bildete, hat im Hinblick auf den am Sonntag, den 2. November 1924, zum siebenten Male sich jährenden Tag der Veröffentlichung der Deklaration im Wege der Jüdischen Telegraphen-Agentur die folgende Kundgebung erlassen:

„Ich entbiete Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zu den bisher durch die zionistische Bewegung erzielten Erfolgen und wünsche der Bewegung das Beste in ihrem weiteren Fortschreiten. Zweifellos sind noch Schwierigkeiten zu überwinden. Das ist nur natürlich. Aber diejenigen, die, wie auch ich, den festen Glauben an die Zukunft des Zionismus hegen, können aus der Vergangenheit Mut schöpfen.“

# MITTEILUNGEN
## des Israelitischen Lehrervereins für Bayern
Schriftleitung: M. Rosenfeld, München

**Nr. 15** **München, 7. November** **1924**

## Zum 70. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden unserer Verwaltung, H. Goldstein, Würzburg

Am Vorabend des Neujahrsfestes 5685 feierte unser verehrter Goldstein seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlasse übermittelten wir ihm durch die Würzburger Verwaltungsmitglieder unsere herzlichsten Glückwünsche. Trotz des strengen Verbotes unseres Jubilars, der Öffentlichkeit von diesem Ereignis Kenntnis zu geben, verpflichtet uns der Dank, hier nochmals auszusprechen, was Goldstein den jüdischen Lehrern war, ist und so Gott will, noch lange sein möge.

Goldstein gehört zu den Gründungsmitgliedern unseres Bundes. Zwei Jahrzehnte hat er in vorbildlicher Weise an dem Ausbau und den Einrichtungen unseres Vereins als Führer und Vorstand gewirkt. Wenn der Verein in allen Wirren und Gefahren einig und treu zusammenstand, so ist das mit ein Hauptverdienst unseres Freundes. Besonders ein Werk der Menschenliebe hat er in unermüdlicher Tätigkeit in den Friedensjahren aufgebaut, die Unterstützungskasse für dienstunfähige Lehrer, Witwen und Waisen. Lange Jahre hat sie reichen Segen gestiftet:

Als Hort und Stütze dienstunfähiger Kollegen,
als Tröster der Witwen,
als Helfer der Waisen.

Leider ist dieses Werk in der Not der letzten Jahre zusammengebrochen. Wenn uns Goldstein schreibt, daß es zu seinen sehnlichsten Wünschen gehört, „noch jenen Zeitpunkt zu erleben, in dem das Grundkapital wenigstens einigermaßen dem der Vorkriegszeit gleichkommt“, so liegt in diesem Wunsche für uns die Verpflichtung, in Erinnerung an Goldsteins unermüdliche Tätigkeit mit aller Kraft an den Wiederaufbau unserer Hilfskasse heranzutreten.

Das sei das Gelöbnis und Dankesopfer zum Ehrentage unseres lieben Goldstein.

S. Dingfelder, 1. Vorsitzender. M. Rosenfeld, Schriftführer.

## Wiederaufbau der Hilfskasse

Eine Umfrage bei unseren Pensionisten, bei Lehrerwitwen und Waisen ergab ein Bild traurigster Art. Nicht weniger als 7 Veteranen des Lehrerstandes und 3 Lehrerwitwen erhalten keinerlei Pensionsbezüge. Vier dienstunfähige Religionslehrer, die zum Teil mehr als 50 Jahre in ihren Gemeinden gewirkt haben, beziehen 13 bis 50 Mark im Monat als Ruhegehalt, acht Lehrerwitwen müssen mit monatlichen Bezügen von 14 bis 80 Mark ihr Leben fristen und haben dabei zum Teil noch unversorgte Kinder. Welches Elend liegt in diesen Zahlen! Auch einzelne ehemalige Volksschullehrer, namentlich Altpensionisten, bezw. Witwen und Waisen früh verstorbener Volksschullehrer beziehen nur ganz geringe Pensionen.

Erschreckt über diese Verhältnisse, die uns bisher ganz unbekannt waren, haben wir uns sofort an den Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden mit der dringenden Bitte gewandt, Mittel zur Linderung der Notlage zu gewähren.

Wenn wir auch damit rechnen dürfen, daß der Verband in nie versagender Bereitwilligkeit helfend eingreifen wird, so bleibt doch für uns die Pflicht bestehen, selbst den notleidenden Amtsbrüdern, den Witwen und Waisen zu helfen.

Wie in früheren Jahren sollten alle Kollegen durch Werbung außerordentlicher Mitglieder, durch Gewinnung von Spenden, durch Sammlungen bei Freud und Leid unserer Hilfskasse Mittel zuführen, damit diese wieder zu einer Quelle des Segens werde.

Wir fordern die Mitglieder dringend auf, mit aller Kraft zum Wiederaufbau der Hilfskasse beizutragen. Geldsendungen an das Postscheckkonto des Israelitischen Lehrervereins für Bayern in Würzburg, Postscheckamt Nürnberg 6479.

Mit kollegialen Grüßen!

S. Dingfelder, 1. Vorsitzender. M. Rosenfeld, Schriftführer.

## Rechtlich-soziale Stellung des jüd. Lehrers und Gemeindeverband

Von S. Brückheimer, Marktbreit, Mitgl. der Tagung.

Als erster unter den bestehenden Gemeindeverbänden hat der bayerische es durchgeführt, daß die jüdischen Beamten in den für sie entsprechenden Klassen der B.B.O. voll eingruppiert worden sind. Wenn der Verband auch fürderhin diese Einreihung beibehalten will, so muß er nachdrücklichst darauf achten, daß die unterstützungsbedürftigen Gemeinden vor allem bis zu ihrer Höchstleistungsfähigkeit herangezogen werden. Die Tatsache, daß es eine 17 Familien zählende Gemeinde gibt, die zu dem 185 Mark betragenden Monatsgehalt des Lehrers nur 40 Mark leistet, rüttelt an den Grundfesten des Verbandes. Zudem gerät hierdurch der für die Bewertung der Arbeit und Persönlichkeit des Lehrers so wichtige Grundsatz in Vergessenheit, daß eine Gemeinde, die einen Beamten haben will, auch alle Anstrengungen machen muß, ihn möglichst aus eigenen Mitteln zu erhalten. Denn was einem ohne allzu große Anstrengung zufällt, wird nicht allzusehr geschätzt!

Zudem entsprechen die Beziehungen der meisten Gemeinden zu ihren Lehrern — soweit sie die Besoldung und die soziale Stellung des Lehrers betreffen — weder dem Ansehen eines Lehrers noch den heute geltenden Rechten des Beamten überhaupt. Der in allem sonst neuzeitlich orientierte Jude hält gegenüber dem jüdischen Beamten an alten Zöpfen und ganz undemokratischen Einrichtungen mit aller Zähigkeit fest. Dieses Verhalten ist entweder mit der auch aus Bequemlichkeit geborenen Gleichgültigkeit zu erklären, oder aus der Absicht, den Lehrer in möglichster Abhängigkeit zu halten. Daß unsere Gemeinden sich hiebei endlich umstellen und — wenn sie dies nicht freiwillig aus sich heraus wollen — dazu erzogen werden müssen, das ist eine dringliche

Forderung, zu deren Verwirklichung auch der Verband beitragen kann.

I.

Das Verlangen nach Verbesserung der sozialen Stellung des Lehrers bleibt das dominierende auch schon deshalb, weil die Art und Weise der Besoldung (worunter weiterhin immer nur die sogenannten „Nebeneinnahmen" zu verstehen sind) zumeist eine Minderung des Ansehens der Beamten herbeiführt. Aus den weiteren Darlegungen wird dies, auch ohne fortwährende Hinweise darauf, deutlich hervorgehen.

Da sind vor allem die

Mischeberach-Gelder (= M.G.),

die in der Art und Weise ihrer Darreichung und der Bewertung der an sie geknüpften Dienstleistung ihren unsozialen Charakter offenbaren.

Auch religiösen Gemeindemitgliedern ist die Gebühr von 1—x Mark für einen Mischeberach („für die paar Worte") oftmals zu hoch. Weniger Religiöse, die dem ausgesprochenen Segen nicht die hohe Bedeutung beilegen, sind oft froh, beim Aufrufen übersehen zu werden oder kommen aus solchen Gründen erst nach Beginn der Thoravorlesung zur Synagoge.

Alle vergessen dabei, daß diese M.G. einen Teil des Gehalts vorstellen und daß dem Lehrer in Gemeinden, welche diese Nebengefälle nur teilweise oder gar nicht in das Fixum einbeziehen, eben dieser Teilgehalt gar nicht oder oft recht widerwillig gereicht wird. Noch unangenehmer hat es aber unter solchen Umständen jener Beamte, dem die M.G. voll zum Fixum angerechnet werden. Dazu kommt noch, daß kleinliche, boshafte Mitglieder — wie sie in Stadt und Land vorkommen —, indem sie absichtlich keinen M. machen lassen, an dem Lehrer ihr Mütchen kühlen, weil dieser ihnen gegenüber sich irgendwann einmal hat etwas zuschulden kommen lassen. Damit schädigen sie ihn bewußt und — beschämen ihn öffentlich. Wie wenig es sich eingegraben hat, daß M.G. Pflichtabgaben sind, erhellt der Umstand, daß der Beamte, zumeist aus Schamhaftigkeit, es unterläßt, die von einem Mitglied aus Vergeßlichkeit nicht abgeführte Gebühr einzufordern. Deutlicher kann nicht nachgewiesen werden, daß die M.G. eben doch als Matonos gelten!

Ohne jede Einschränkung trifft diese Bezeichnung aber jene Gelder, die in vielen Gemeinden am Purim und in manchen auch noch vor Rosch-Haschonoh dem Beamten zugeschickt werden.

Am Purim, wo man nur Armen Geld spendet (Freunden schickt man bekanntlich eßbare Dinge), tritt der Charakter dieser „Nebeneinnahmen" deutlichst zutage. Doch lassen auch die Abgaben vor Rosch-Haschonoh — wo man aus Absichten der Buße die Wohltätigkeit besonders übt — keinen Zweifel, daß ihnen das Odium der Zedokoh anhaftet. Und die Gedanken, welche die Leute an solche Abgaben knüpfen, sind eben das Bedeutsame. Ohne weitere Beweise kann deshalb gesagt werden, daß diese „Einnahmen" die Stellung des Lehrers immer noch auf der Stufe festhalten, die in dem bekannten Liedchen vom „armen Dorfschulmeisterlein" drastisch genug umrissen ist.

Die Ansicht der Gemeindemitglieder über diese „Gebühren" drückt sich philologisch zwar schlecht, aber deutlich genug aus, wenn sie in Hinsicht auf das Vielerlei der Abgaben an die Beamten diese mit „Rabu-nemm" bezeichnen.

Diese unzeitgemäße Besoldungsart mit den sich daraus ergebenden Unzuträglichkeiten ist in dem Augenblick restlos behoben, wo sich die Gemeinde entschließt, diese Nebeneinnahmen zu pauschalieren und mit dem festen Gehalt aus der Kultuskasse zu bezahlen. Die Pauschalierung, die der Gemeinde keinerlei finanzielle Bürde auflegt, dürfte nur bei jenen Mitgliedern einigen Widerstand erzeugen, die den Lehrer in der alten Abhängigkeit erhalten wollen. Die Lehrervereine haben wohl von Zeit zu Zeit für diese Pauschalierung plädiert. Es gelang ihnen aber nicht, die Gemeinden zu beeinflussen und mancher Lehrer scheute die dabei zu erwartenden Kämpfe. In dieser Hinsicht wieder „das Gewissen der Gemeinden zu sein" (wie sich der Vorsitzende des Verbandes einmal so treffend ausdrückte) dürfte eine schöne Aufgabe des Gemeinde-Verbandes werden.

Und die könnte ihrem Ziele dadurch genähert werden, daß den in etwas regelmäßiger Folge erscheinenden „Mitteilungen" des Verbandes ein Anhang beigegeben würde, in welchem diese und dann überhaupt Fragen der Verwaltung, Leitung der Gemeinde, der Lehrerbildung, des Beamtennachwuchses u. a. m. ausführlich und gemeinverständlich zur Besprechung kämen.

Praktisch kann der Verband diese Sache fördern, indem er bei den Zuschuß bedürftigen Gemeinden bei Überprüfung ihres Etats immer wieder den Nebeneinnahmen, der Art ihres Einganges besondere Aufmerksamkeit widmet und jedes Mal zur Pauschalierung anrät.

II.

Was soll man dazu sagen, daß der Lehrer, der zufolge seiner Ämter Mittelpunkt einer jüdischen Gemeinde ist, in vielen Klein- und Mittelgemeinden nicht einmal als Gemeindemitglied zählt? Daß ihm weder das aktive noch passive Wahlrecht zugebilligt wird? Dabei ist er in solchen Gemeinden oft der Einzige, der in ständigem Zusammenhang mit dem jüdischen Leben steht, der als Gemeindeschreiber selbständig den gemeindlichen Betrieb aufrecht erhält! Und doch kann ihm in einer Generalversammlung jedes Mitglied die Rede verwehren. Wenn man bisher für solche Rechtsminderung den Grund anführte, daß der Lehrer keine Umlagen bezahle, so sei doch gerade heute auf die vielen verarmten Rentner hingewiesen, die auf Grund ihres Staatssteuersolls von jeglicher Umlagenpflicht frei sind. Und hat es nicht schon früher Gemeindemitglieder gegeben, die nichts oder nur ein paar Pfennige in die Kultuskasse bezahlten? Ja, es muß geradezu wie eine Anprangerung wirken, wenn bei Abstimmungen oder bei dem Abzählen der Stimmberechtigten der Lehrer übergangen wird.

Auch hierbei könnte der Verband wirksam eingreifen. Eine Umfrage, wo solche, allen demokratischen Anschauungen Hohn sprechende Einrichtung noch bestehe, eine aufklärende Anschrift an jene Gemeinden, eine Aufforderung des (vorher unterrichteten) Lehrervereins an die betreffenden Beamten, sich als Gemeindemitglieder anzumelden — und dies alte Unrecht dürfte aus der Welt geschafft sein.

Aber ich muß verlangen, daß in dieser Richtung noch einen Schritt weiter gegangen werde.

Ist ein Kirchenrat ohne die Zugehörigkeit des Pfarrers — also der die Religionsgesellschaft nach der religiösen Seite hin vertretenden Persönlichkeit denkbar?

Wir ahmen doch sonst so gerne nach!

Im übrigen brauchen wir in Bayern ja nur nach Württemberg zu sehen, wo der jüdische Lehrer dem Gemeindeausschuß sogar präsidierte.

Ich stelle deshalb die Forderung: der Lehrer muß (in Orten, wo ein Rabbiner wirkt, auch dieser — wenn die Rabbiner ein solches überhaupt wollen —) dem Gemeindeausschuß als beratendes und abstimmungsberechtigtes Mitglied angehören.

Diese Forderung klingt vielleicht manchem Gemeindevorstand revolutionärer als sie beim näheren Zusehen ist.

Indem dem Lehrer in den Klein- und Mittelgemeinden (wie oben schon erwähnt) die Ausführung der meisten gemeindlichen Geschäfte überlassen bleibt, betätigt er sich doch schon praktisch mindestens ebensoviel wie ein Mitglied des Ausschusses.

Es würde sich dann fast nur noch darum handeln, daß man dem Lehrer die Ehre gönne, auch de facto dem Ausschuß anzugehören.

Und zu diesem Zwecke müßte der Gemeindeverband in dem noch vorzulegenden Normalstatut einen entsprechenden Paragraphen aufnehmen.

Anmerkung der Schriftleitung. Schon auf unserer diesjährigen Lehrerversammlung kamen Andeutungen zum Ausdruck, daß einzelne Gemeinden die von ihnen anerkannten Pflichten nicht erfüllen. Es wird Sache der Lehrervertreter sein, auf der voraussichtlich anfangs Januar stattfindenden Tagung des Verbandes die Öffentlichkeit aufzuklären. Über „Nebenverdienste“ habe ich in Nr. 49/53 der „Freien Lehrer- und Kantorenzeitung“ vom Jahre 1912 geschrieben. Grundsätzlich sollte der Beamte für öffentliche Dienstleistungen nur durch die Gemeindekasse Bezahlung erhalten. Das Wahl- und Stimmrecht steht den Beamten wie jedem anderen Gemeindemitglied zu, in keinem Falle aber darf aus einer etwaigen Befreiung von Gemeindeumlagen eine Ausschließung erfolgen. Im übrigen dürfte das zu erwartende Normalstatut hier volle Klarheit schaffen. Vielleicht verschwindet dann auch die Bestimmung des Münchener Statuts, daß ein besoldeter Angestellter der Gemeinde dem Gemeindevorstand nicht angehören darf, in der historischen Rumpelkammer.

---

## Personalien

Kollege Rosenwald-Winnweiler, der infolge Auflösung seiner Volksschule vor 2 Jahren auf Wartegeld gesetzt wurde, hat seinen Wohnsitz nach Frankfurt a. M. verlegt. Scheidet Rosenwald, in dem wir als den langjährigen, opferwilligen und tatkräftigen Herausgeber der „Freien Lehrerzeitung“ einen unserer Wackersten verehren, infolge seiner nunmehrigen Tätigkeit auch aus den Reihen unserer unmittelbaren Mitkämpfer aus, so sind wir doch gewiß, daß er unseren Bestrebungen nicht nur sein Interesse, sondern auch seine wertvolle Kraft auch weiterhin leihen wird.

Auf Ansuchen wurde Lehrer S. Brückheimer wieder an die Volksschule in Marktbreit versetzt.

An die Bekenntnissonderschule in München wurde Adler-Mittelsinn berufen.

---

## Notwendigkeit und Aufgaben des Wiederaufbaues im deutschen Judentum

Das auf unserer diesjährigen Mitgliederversammlung von Seminaroberlehrer Stoll-Würzburg über obiges Thema gehaltene Referat ist in der „Süddeutschen Israelitischen Wochenschrift“ (Verlag: J. Leopold, Ingolstadt), Nr. 9—12 und 14 veröffentlicht. Hier möge heute nachfolgende Stelle aus den gehaltvollen Ausführungen Stolls Platz finden:

Der religiöse Zusammenbruch des deutschen Judentums offenbart sich in seiner vollen Wucht in der Erscheinung des starken Geburtenrückganges. Wohl sind es auch die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Neigung zur Beschränkung der Kinderzahl begünstigen, aber in seinem Kerne ist der Geburtenrückgang ein Willens- und damit ein religiöses Problem.

Wie stark auf diesem Gebiete der Einfluß der religiösen Vorstellung ist, beweist die Tatsache, daß in katholischen Gegenden Deutschlands der Geburtenüberschuß größer ist als in protestantischen, zeigt auch die Tatsache, daß bei den Massen in den jüdischen Zentren des Ostens, wo starkes jüdisches Leben pulsiert, trotz der denkbar ungünstigsten Wirtschaftsverhältnisse eine starke Volksvermehrung vorhanden ist gegenüber dem Abtserben der mehr oder weniger assimilatorisch eingestellten westeuropäschen Judenheit. Es ist uns heute völlig klar, daß der Titel des Teilhaberschen Buches „Untergang der deutschen Juden“ fern von jeder Übertreibung die nackte, unerbittliche Tatsächlichkeit darstellt und die jüdische Lehrerschaft ist es, die in der Auflösung jüdischer Volksschulen die Folgen dieser Degenerationserscheinungen in erster Linie am eigenen Leibe verspürt, die Folgen einer Niedergangserscheinung, die auf dem Lande nicht minder stark auftritt als in den Städten. Um nicht mit Zahlen zu ermüden, einige typische Beispiele: Dem Aufsatze Dingfelders über den Untergang der jüdischen Volksschulen in Bayern entnehmen wir, daß die Zahl der jüdischen Volksschüler in München im letzten Jahrzehnt von 780 auf 250 herabgesunken ist; für Würzburg dürfte sich in der gleichen Zeit eine Abnahme von 50% ergeben; und wie sieht es in den Dorfgemeinden aus? Als ich in den achtiger Jahren die jüdische Volksschule meines Heimatdorfes besuchte, schickten 22 Familien 24 Kinder zur Schule; heute hat dieselbe Gemeinde bei 11 Familien zwei Schulkinder. Im Distrikt Würzburg brauchen zwei benachbarte Gemeinden mit 26 Familien keinen Lehrer mehr, weil kein Schulkind da ist. Das ist der Untergang: in physischer und religiös-geistiger Hinsicht.

---

## Schule und Hakenkreuz

Der „Süddeutschen Israel. Wochenschrift“ entnehmen wir folgende Mitteilung: „Aus Hüttenbach“ wird uns geschrieben: Allgemeines Ärgernis erregte der Schullehrer B. von der Schule Neunkirchen am Sand, der am vergangenen Donnerstag mit seinen Kindern einen Ausflug nach hier unternahm. In der Mitte des Dorfes ließ er seine Kinder Halt machen, um mit ihnen mit dem Absingen des Hakenkreuzliedes durch das Dorf zu ziehen. Nicht genug damit, wiederholte er das gleiche Manöver am Rückwege. Ein zufällig anwesender Kollege nahm sich das Herz, den Kindern Einhalt zu bieten. Die Entrüstung der Einwohnerschaft war allgemein, zumal am hiesigen Örtchen, abgesehen von einzelnen Elementen, Einigkeit und Friede herrscht.“

# Gemeinden-u. Vereins-Echo

## Bekanntmachung

Die Nationalfondskommission in München hat erneut ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Jüdische Nationalfonds hat seinen Charakter als volkstümlichstes Finanzinstitut der zionistischen Organisation bewahrt und ist ein wesentlicher Faktor für den Palästinaaufbau. Die Büchsensammlung der kleinen und kleinsten Beträge ist nun wieder, nachdem sie durch die Inflation eine Zeit lang illusorisch war, von einem nicht zu unterschätzenden Werte für die Vermehrung unseres Volksschatzes.

Ebenso wichtig sind aber auch die aus verschiedenen Anlässen gestifteten jeweiligen Spenden. Viele Summen, die sonst für Geschenkzwecke, um eine Aufmerksamkeit zu bezeugen usw., ausgegeben werden, werden so zweckmäßig erfaßt und dem Bodenerwerb in Palästina zugeführt.

Die kleinen Geldbeträge, die keine merkliche Ausgabe darstellen, vermehren unseren Bodenbesitz in Erez Israel und damit die Ansiedlungsmöglichkeit, auf die in allen Ländern viele Tausende warten.

Jüd. Nationalfondskommission.
Emanuel Horn.

Nationalismus und Sozialismus. Vortrag, gehalten von Herrn Dr. Samuel-Berlin am 27. Oktober in der Gemeindebibliothek. Der Referent leitete seine Betrachtungen mit einer Auseinandersetzung der nur allzuoft verwechselten Begriffskomplexe von national und nationalistisch ein. Die gleichwertige Anerkennung verschiedener Kulturkreise unter Betonung der eigenen Kultur ist nationale Einstellung. Im Gegensatz hierzu stehe einerseits der Chauvinismus, der nationalistisch-engstirnig einem bestimmten Kulturkreis den Vorrang andichten will, andererseits der Kosmopolitismus, der durch die Ausgleichung der Kulturgegensätze schließlich eine Monotonie der Lebensäußerungen der Kulturen erreichen wird.

Vorbedingung einer nationalen Kultur ist eine bestimmte Verfassung der Gesellschaftswirtschaft, ein gewisser äußerer Lebensstandard, der dem einzelnen gestattet, neben materiellen Dingen des Lebens sich auch mit geistigen Problemen auseinanderzusetzen. Es erhebt sich daher die Frage, welches Wirtschaftssystem der Entwicklung nationaler Kultur günstig ist. Die Betrachtung der kapitalistischen Produktionsweise, die keine andere Steuerung als die durch Angebot und Nachfrage kennt und die durch das feindliche und auf Kampf abgestellte Prinzip der Konkurrenz die besten Kräfte in einer Sphäre des Lebens bindet, wo sie sich nur sekundär, d. h. nur in bezug auf Mittel und nicht in bezug auf Zwecke und Ziele auswirken können — ergibt, für die Gesamtheit der Bevölkerung gesehen, einen verhältnismäßig zu geringen Wirkungsgrad der gesamten geleisteten Arbeit.

Der Referent entwickelte dann eine sozialistische, vom Standpunkt der nationalen Kultur aus orientierte Wirtschaftsverfassung. Planmäßige, rationelle, sich wirklich nach den Bedürfnissen des Kollektivbedarfs richtende Bindung der Produktion und der Verteilung der Güter ist die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung nationaler Kultur.

Im Ausblick betrachtete der Referent die Auswirkung der kollektivistischen, sozialistischen und andererseits der privatkapitalistischen Unternehmungsform für die Entwicklung nationaler Kultur in Palästina. Da für das wichtigste Produktionsgebiet — die Landwirtschaft — eine bemerkenswerte Zahl von kapitalistischen Unternehmern, infolge der Besitzverhältnisse der nach Palästina Ausgewanderten nicht in Frage kommen, so bestehen für den Ausbau der gemeinwirtschaftlichen, sozialistischen Unternehmungsformen gute Bedingungen. Die Wechselwirkung in kultureller Beziehung für die Verwirklichung einer nationalen Kultur in Palästina gestaltet sich daher naturnotwendig günstig.

R.



Bar Kochba München. Wir verweisen nochmals auf die heute, Samstag den 8. November 1924 abends 8 Uhr im Jagdzimmer des Restaurant Augustiner, Neuhauserstr. 16/I, stattfindende Außerordentliche Generalversammlung und fordern unsere Mitglieder auf, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Durch die Wiederanstellung unseres altbewährten Turnlehrers Schindlbeck hat der Turnplan eine Änderung erfahren. Es turnen: die Damen Dienstag von halb 8 Uhr bis 9 Uhr, die Mädchen Mittwoch von 5 Uhr bis halb 7 Uhr, die Herren Mittwoch von 7 Uhr bis 9 Uhr, die Knaben Donnerstag von 6 Uhr bis halb 8 Uhr im Turnlokale der städtischen Volksschule an der Herrnstraße 21. Neuanmeldungen bei den Abteilungsleitern dortselbst.

Bar Kochba München, Leichtathletikabteilung. Anschließend an die heute stattfindende Generalversammlung des Hauptvereins findet unsere ordentliche Generalversammlung statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird zur Pflicht gemacht. — Das Wintertraining findet vorläufig jeden Mittwoch von 7—9 Uhr im Turnsaal der Schule an der Herrnstraße 21 statt. Wir fordern unsere Mitglieder auf, zahlreich zu erscheinen.

Jüd. Arbeitsgemeinschaft. Samstag, den 8. Nov.: Pressereferat bei Horn, Seidlstr. 36/II l. Samstag, den 15. Nov.: Vortrag von Herrn Jakob Reich. Näheres in der nächsten Nummer des Bl.

Tägliche Sprechstunde. In allen Angelegenheiten der zionistischen Ortsgruppe, des Gesamtausschusses der Ostjuden usw. werde ich täglich von 3—4 Uhr im Ortsgruppenbüro, Ottostr. 2, zu sprechen sein und bitte diese Sprechstunde ausschließlich zu benützen. (Tel. 56199.)

Jakob Reich.

München. Heinrich Glaser, Kultusbeamter, Mathildenstraße 8, ist an das hiesige Telephonnetz unter Nr. 54202 angeschlossen.

Zionist. Ortsgruppe Nürnberg-Fürth. Der Zionistischen Ortsgruppe Nürnberg-Fürth ist es nach vieler Mühe gelungen, Herrn Dr. Nahum Goldmann für 2 Vorträge in Nürnberg und Fürth zu gewinnen. Herr Dr. Goldmann ist dem jüdischen Publikum Nürnberg-Fürths kein Fremder mehr und es darf sicher angenommen werden, daß seine Persönlichkeit auch diesmal wieder auf

alle ihre Anziehungskraft ausüben wird. Herr Dr. Goldmann ist vor wenigen Monaten selbst in Palästina gewesen und es besteht kein Zweifel, daß er seinen Zuhörern ein wirkliches Erlebnis Palästinas zu vermitteln im Stande ist. In Fürth spricht Herr Dr. Goldmann über das Thema: Untergang und Aufbau am Mittwoch, den 12. November abds. 8¼ Uhr im Weißengartensaal.

In Nürnberg am Donnerstag, den 13. November abends 8¼ Uhr im großen Maxfeldsaal (Stadtpark). Thema: „Der Jude als Schöpfer."

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth. Am 2. Oktober sprach im Sitzungssaale des Gemeindehauses Dr. Löwengart über das Thema: „Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse Palästinas in der jüngsten Vergangenheit." Dem Vortrag schloß sich eine angeregte Diskussion an.

Am 23. Oktober sprach Herr Dr. Rudolf Samuel aus Berlin über „Fragen der zionistischen Wirtschaftspolitik". Der Redner, dessen gehaltvolle Ausführungen besonderen Beifall erregten, behandelte in erster Linie die Frage des Konsolidierungsbudgets. Durch die Anwesenheit von Herrn Dr. Walter Preuß aus Jerusalem, der in der Diskussion gegen das Konsolidierungsbudget sprach, gestaltete sich der Abend äußerst interessant und anregend.

Fürth. Durch die Gründung unserer Fürther Zweiggruppe ist das Interesse für die zionistische Bewegung auch in Fürth ein größeres geworden. Die erste Veranstaltung dieses Monats, in der Herr Dr. Löwengart über das Thema: „Die Entwicklung Palästinas in der jüngsten Vergangenheit" sprach, erfreute sich eines äußerst guten Besuches.

Ansbach. Am Sonntag, den 26. Oktober, fand in den Schloßlichtspielen dahier die Vorführung des Palästinafilms: „Eine Reise durch Erez Israel" statt. Unter den geladenen Gästen bemerkten wir insbesondere Herrn Regierungsdirektor Dr. Hahn mit Frau und Herrn Oberregierungsrat Gümbel als Vertreter der Regierung von Mittelfranken. Auch die Stadt Ansbach war vertreten.

Leider fand die Vorführung bei der jüdischen Bevölkerung Ansbachs nicht das gebührende Interesse. Unter anderem hörten wir die Bemerkung eines der anwesenden offiziellen Gäste, „daß es eine Schande für die jüdische Bevölkerung Ansbachs sei, an dieser großen jüdischen Sache einfach interesselos vorüberzugehen." Insbesondere vermißten wir auch das geistliche Oberhaupt der Gemeinde, Herrn Dr. Brader, der gerade an diesem Tage dienstlich verreist war.

Der Besuch des Filmes wäre zweifellos ein besserer gewesen, wenn man nicht allem Anschein nach von einer gewissen Seite aus, die überall glaubt, das wahre Judentum allein gepachtet zu haben, ein Druck auf die Gemeindeangehörigen, vor allem auf die Jugend ausgeübt worden wäre, die Veranstaltung zu boykottieren. Wenn diese Herrschaften es nicht einmal fertig bringen, eine jüdische Veranstaltung, die ihnen Gelegenheit gibt, das Leben Palästinas kennen zu lernen, zu besuchen, auch wenn sie von einer Richtung ausgeht, die ihnen politisch nicht nahe steht, so muß es wirklich mit der Intoleranz und Engstirnigkeit dieser Leute schon recht weit gekommen sein.

Um so überzeugender hat die Aufführung des Films auf die erschienenen Besucher gewirkt. Die meisten von ihnen, die vorher dem jüdischen Palästinawerk fremd oder gar feindlich gegenüberstanden, sind durch das Gesehene eines Besseren belehrt worden, und sind teils mit warmem Interesse, zum großen Teil sogar mit Begeisterung nach Hause gegangen.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dies geht sowohl aus privaten Äußerungen der nichtjüdischen Besucher, als auch aus den Besprechungen der gewiß nicht judenfreundlichen Ansbacher Presse hervor, daß wir durch das ehrliche Aufzeigen unserer Leistungen den Antisemitismus wesentlich wirksamer bekämpfen können und auch bei dem Teil der nichtjüdischen Bevölkerung, der vernünftigen Argumenten noch zugänglich ist, durch die bewußte und aufrechte Betonung unserer Eigenart uns mehr Sympathie erringen, als durch das ängstliche Verkriechen und Verstecken, wie es leider auch bei den Kreisen üblich zu sein scheint, die sich immer als die Vertreter des patentiert-echten Judentums hinstellen möchten.

Es war immerhin erfreulich, zu bemerken, daß ein großer Teil der Juden Ansbachs sich so viel gesunden Sinn bewahrt hat, sich dem Einfluß dieser oben erwähnten Gewalten, die wir wohl nicht näher zu umschreiben brauchen, zu entziehen.

Wir möchten nicht schließen, ohne jenen zu danken, die eben kraft jenes gesunden Sinns sich den Film angesehen und dann ihr Teil zum Aufbau Palästinas beigetragen haben. Dr. A.

## Spendenausweis

### Spenden-Ausweis
### vom 28. Oktober bis 4. November 1924

Rosch-Haschanah-Glückwunsch-Ablösung:

Durch Kalter Max: M. Levy 2.—, M. Schumer 3.—, David Heß 3.—, M. Berger 2.— = 10.—.

Durch Siegfried Davidsohn: Dr. B. Nußbaum 10.—, M. Rosenfeld 2.—, Frau Häutemann 1.—, Max Landmann 20.—, A. Heumann 5.—, Gahnmann 5.—, Engelberg 2.—, L. Davidsohn 5.— = 50.—.

Thoraspenden für Rosch-Haschanah: Feldherr 3.—, Singer 50.—, Buchaster 2.—, Anmuth 5.—, Eisenberg 5.—, Helfer 1.—, Spielmann 20.—, Wiesenfeld 2.—, Kurzmantel 5.—, Brunnegraber 3.—, Scheinmann-Landshut 10.—, Schumer 5.— = 111.—.

Durch Siegfried Moos: Jakob Fränkel 10.—, O. Böhm 5.—, Prof. Iserlin 5.—, Levite 3.—, Dr. Feuchtwanger 5.—, Scharzhautt 3.—, Rothschild 5.—, Krieger 5.—, Apoth. Blum 3.—, Wiener 3.—, Herm. Binswanger 3.— = 50.—.

Durch Ludwig Steinheimer: Levi 3.—, Dr. Friedinger 2.—, Levi 5.—, Silbermann 10.—, Löwenstein 10.—, Neumann 3.—, Dr. Steinfeld 3.— = 36.—.

Durch Erna Elias: Wetzlar 1.—, Hauser 2.— = 3.—.

Durch Emma Neuwirth: Felsen 3.—, Rosenbaum 1.—, Frau Fleischmann 5.—, Frau Engelberg 1.—, Nattenheimer 1.—, Hirsch 3.—, Oppenheimer 3.—, Westheimer 5.—, Schaller 3.—, Eisenkling 3.— = 28.—.

Durch Rosa Neuß: Kleinmann 10.—, Ambrunn 2.—, Lehmann 1.—, Neue Galerie Schönmann und Lampel 5.—, Mendle 2.—, Neuß 1.— = 21.—.

Durch Eva Cahnmann: Frau Dr. Kitzinger 5.—, Dr. Klugmann 3.—, A. Müller 1.—, Dr. Deutsch 1.—, J. Ascher 3.—, Mendle 5.—, Dr. Würz 2.—, Hullisch 5.—, Königsberg 3.—, Mendle 3.— = 31.—.

Durch Paula Neuwirth: Dr. Teutsch 10.—, Dr. Bloch 10.—, Rosenberg 5.—, Dr. Levinger 3.—, Rieser 5.— = 33.—.

Durch Rosa Neuß: Bernh. Buff 10.—, Max Hesky 10.—, Isidor Gerstle 5.—, Frau Schwarz 2.— = 27.—.

Durch Paula Neuwirth: N. N. 1.—, N. N. 1.—, N. N. 2.—, N. N. 10.—, Grünbaum 10.— = 24.—.

Durch Gretl Herz: Kulakowsky 3.—, Dr. Ettinger 2.—, Eisenberg 2.—, Weil 5.—, Neumann 1.—, Marx 2.—, Dr. Marschütz 5.—, Lieber 10.—, Seilberger 3.—, Dr. Siegel 10.—, Fuchs 1.—, Ascher 3.—, Lewin 5.—, Dr. Wellisch 3.— = 55.—.

Durch Tolziner: Loeb 5.—, Hirschberger 2.—, Wilschinsky 3.—, Schweizer 2.— = 12.—.

Durch Gottfried Fränkel: M. Brym 50.—, Aug. Kahn 40.—, Heini Feuchtwanger 20.—, Sternberger 10.— = 120.—.

2. Bäume:

Otto Hirsch s. A. Garten: Simon Seligsberger 2 Bäume 12.— = 12.—.

3. Goldenes Buch:

Gold. Buch Lämmle-Levinger: Paul u. Fanny Grünbaum grat. Fam. Spielmann zur Chanukath-Habait, dieselben grat. zur Brith Miloh Walter Weiß u. Frau, dieselben grat. zur Tochter Eliaser Schindler u. Frau 10.—.

Gold. Buch Richard Fraenkel s. A.: Schokoladencreme-Versteigerung bei Aarris Geburtstag 10.—.

Karfiol Rosch-Haschanah 10.—.

Gesamtausweis: 653.—.

Gesamtausweis seit 1. 1. 1924: 8484.80.

### Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 3. November 1924

Spendenbuch: Herr und Frau Moritz Mandel anl. d. Geburt i. Sohnes 20.—, Frl. Rosi Rebitzer anl. i. Verlobung 15.—, Herr S. Selo anl. d. Verl. s. Tochter 10.—.

Rosch-Haschanahspenden: Durch Frl. Klieger 88.—, durch Eva Axelrad 50.— (Gattel 10.—, Apotheker Rieser 15.—, Baruch 10.—, Schächter 10.—, Dr. Frommholz 5.—), Fa. H. Tietz 50.—, durch Robert Wolfenhaut 42.—, Lautmann durch Sophie Heinemann 20.—, durch Justin Goldschmidt 8.—.

Büchsen: Zionistische Ortsgruppe 3.43.

Tellersammlung an einem Ortsgruppenabend in Fürth 6.82.

Anläßlich Filmaufführung in Ansbach gesammelt 135.70.

Summa 448.95

Bisherige Summe 1658.42

### Stuttgarter Spendenausweis

Thoraspenden: S. Friedrich 5.—, M. Rimpel 7.—, Ausübel 2.—, Laufer 3.—, M. Pariser 5.—, A. Levi 15.—, Schattenfeld 26.—, A. Rimpel 3.—, Nußbaum 3.—, Fuchs 2.—, J. Spindel 4.—, Nowyharger 10.—, J. Pariser 5.—, Haspel 3.—, Januar 2.—, S. Spindel 1.—, E. Schlüsselberg 5.—, S. Helfer 2.—, Schreiber 3.—. Sa. 106.—.

Isr. Frauenverein, München, grat. zur Hochzeit Buchner-Laub u. dankt gleichzeitig für die Spenden. M. Schumer u. Frau grat. Familie Enoch u. Josef Finkel.










## Nürnberger Anzeigen










Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 87, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München; Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.